

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

38 (14.2.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Posthalter monatl. 1.10 M., 1/2 jährl. 3.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bzw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bzw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bzw. 3.60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Berlag mittags. Geschäftszeit: 1/2-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 A. Platzangeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Co., Karlsruhe.

Nach Wilson Lloyd George.

Nach Wilson ist Lloyd George aufs Seil gegangen, um sich gegen die Kriegsziele der Mittelmächte zu äußern. Gegenüber den früheren Auslassungen beider Staatsmänner sind ihre jetzigen Erklärungen auf einen bedeutend bescheideneren Ton abgestimmt. Beide tun zwar noch so, als ob es gar nichts anderes geben kann, als Deutschland zu besiegen, aber die dunkle Wolke der von der Entente erwarteten deutschen Offensivläufe läßt für diese Siegeszuversicht doch nur einen gedämpften Ton zu. Wilson und Lloyd George halten ja vorläufig noch zusammen. Ob sie aber im tiefsten Innern an ihr Kriegsziel glauben, die Mittelmächte unter einen angelächelten Frieden zu zwingen, möchten wir bezweifeln.

Der zweite Teil der Lloyd George-Rede befaßt sich mit dem Versailler Entente-Rat, über den ihn Aquith befragte. Nähere Rede und Antwort über die Beratungen will Lloyd George unter feinen Umständen stehen, weil sonst Kriegsgeschwätz über seine Lippen kommen könnten, die dem Feind sorgfältig verhüllt bleiben müßten. Nur soviel läßt er durchblicken, daß die Konferenz von Versailles vornehmlich dem einheitlichen Oberbefehl der Alliierten-Heere und der drohenden deutschen Weltoffensive galte. Dieser Blick Lloyd George in düsterer Beforgnis entgegen.

Nachstehend bringen wir die wesentlichen Ausführungen.

Paris, 13. Febr. Nachdem König Georg im Unterhause seine Eröffnungsrede gehalten hatte, sprach Aquith über die jüngsten politischen Ereignisse. Besonders betonte er die Notwendigkeit, alles zu tun, damit England seine Hilfsquellen ökonomisch und militärisch so gut wie möglich ausbaute. Schließlich verlangte er eine Erklärung der Regierung über die Art, wie künftig die Kriegsführung geführt werden soll.

Dann ergriff Lloyd George das Wort und sagte, er vertrete im Namen der ganzen Regierung die Erklärungen, die er vor einigen Wochen dem Vertreter der Arbeiterpartei abgegeben habe. Ueber die jüngsten Reden des deutschen Reichskanzlers und des Grafen Czernin sagte er: Zwar besteht der Form nach ein großer Unterschied zwischen der Rede Czernins und der Rede Hertling's, aber dem Inhalt nach decken sie sich vollkommen, denn beide sind unerwiderlich und hart wie Stahl. In den Reden werden Mesopotamien, Palästina und Arabien Belgien gleichgestellt; sie müßten zurückgegeben werden unter den gleichen Bedingungen wie Deutschland Belgien wiederherstellen wird. Ueber Italien sagte Graf Czernin bloß, daß das Anerbieten, das vor Kriegsausbruch Italien gemacht wurde, jetzt rückgängig gemacht worden ist. Für die tschechische Bevölkerung Oesterreichs hatte er nur die einzige Antwort, daß weder Wilson noch die Entente etwas mit dieser Regelung zu tun hätten. Wenn man sich mit der Antwortrede des deutschen Kanzlers beschäftigt, so ist es schwierig, anzunehmen, daß es dem Grafen Hertling ernst mit einer einzigen seiner Forderungen ist, die er stellt. Seine Forderung, daß England seine Steinkohlenstationen in der ganzen Welt aufgeben müsse, ist lächerlich. Es ist tatsächlich das erste mal, daß die Forderung gestellt wurde, aber ich glaube, daß dies die äußerste Forderung ist, welche die Zentralmächte stellen können, ohne sich lächerlich zu machen. Besonders Deutschland müßte eigentlich, da seine Flotte von diesen Kohlenstationen profitiert, wenig an ihnen aussetzen. Lloyd George gab eine Uebersicht über die Benutzung dieser Kohlenstationen durch die deutsche Flotte und durch deutsche Schiffe und betonte nachdrücklich, daß diese Schiffe genau dieselben Bequemlichkeiten genießen hätten wie die britischen Handels- und Marinefahrzeuge.

Auf die Verhandlungen des Kriegsrates in Versailles übergehend, teilte Lloyd George mit, daß er die ausgedehnten Besprechungen in der Laqueung nicht auseinandersehen könne, ohne zu gleicher Zeit zu sagen, was die Beschlüsse, die in Versailles gefaßt worden sind, tatsächlich enthalten. Er weigerte sich, etwas mitzuteilen, was den Feinden eine willkommene Erläuterung sein könnte.

Das Auftreten Deutschlands in Rußland gegenüber beweise, daß seine Erklärungen über einen Frieden ohne Einverleibungen und ohne Kontributionen keinen tatsächlichen Wert haben. Bezüglich Polens und der berechtigten Forderungen Frankreichs über die verlorenen Provinzen hat Deutschland noch keine Antwort gegeben, ebensowenig über die Bevölkerung italienischer Masse und italienischer Sprache, die sich jetzt unter österreichischer Gewalt befindet.

Bezüglich der türkischen Frage zeigen die Ausführungen des Grafen Hertling und des Grafen Czernin, wie ich schon gesagt habe, daß sie zwar bereit sind, die Rechte der Araber in Mesopotamien und Arabien anzuerkennen, aber tatsächlich werden die Rechte dieser Völker verneint, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, die Unverletzbarkeit der Türkei anzuerkennen zu erhalten.

Die englische Regierung wird sich an die Kriegsziele, die gestellt sind, halten; sie bleibt bei ihrem Programm und ist der Ansicht, daß darin noch immer die Ziele

enthalten sind, für die wir kämpfen müssen. Alles weist darauf hin, daß die Nation als Ganzes die Erklärung als richtig, gerecht und gemähtigt angenommen hat. Solange nicht bewiesen ist, was in den Reden von Hertling und Czernin nicht geheißen ist, daß die Zentralmächte bereit sind, diese Ziele zu prüfen, wird es unsere traurige Pflicht sein, durchzuhalten und für die Vorbereitungen zu sorgen, die notwendig sind, um dem Rechte in der Welt zum Siege zu verhelfen.

Was ist geschehen, seitdem Rußland aufhörte zu kämpfen? Trotz seines Versprechens an Rußland ist Deutschland damit beschäftigt, seine Divisionen nach dem Westen zu bringen, soweit seine Eisenbahnen es ermöglichen. Der Rat von Versailles hatte den neuen Zustand zu erwägen, der durch die Verminderung des Uebergewichts der Alliierten im Westen entstanden ist. Es ist notwendig, daß alle Kräfte der Alliierten für den Punkt zur Verfügung stehen, wo der Feind jetzt seinen Angriff vorbereitet.

Lloyd George führte dann aus, er habe den Nachdruck bei den Besprechungen in Versailles auf die Einigkeit gelegt, die heute im Vergleich zu früheren Konferenzen bestehe und sagte, daß bei allen Beschlüssen eine vollkommene Einigkeit erreicht wurde. Zu Anfang dieses Jahres konnten die Deutschen keinen Angriff gegen die Westfront unternehmen, weil sie keine genügenden Reserven hatten. Die Lage ist jetzt, wo sie große Verstärkungen von Osten nach dem Westen schicken, geändert. Es war unsere Aufgabe, in Versailles über die besten Mittel in dieser Lage, Abhilfe zu schaffen, zu beraten. Der Feind hat außerdem das riesige Eisenbahnetz zur Verfügung, mit dessen Hilfe er, wo er will, auftreten kann.

Es wäre deshalb nötig, Maßnahmen zu treffen, wodurch die Alliierten ihre sämtlichen Streitkräfte als ein geschlossenes Ganzes verwenden können, um der Gefahr, wo sie auch auftritt, erfolgreich die Stirne zu bieten.

Deshalb appelliere ich nochmals an das Unterhaus, die Regierung fest entschlossen zu unterstützen, damit in allererster Linie nicht der Feind denartige Beschlüsse erfährt, was ihn in die Lage versetzen würde, einen Gegenstoß zu unternehmen.

Eine deutsche Antwort.

In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung heißt es: Aus der langen Rede des Reichskanzlers sieht Lloyd George den Satz heraus England möge seine Kohlenstationen an den Meeresküsten aufgeben, er nennt das eine lächerliche deutsche Forderung, überhebt sich dabei, daß es sich hier gar nicht um ein deutsches Verlangen handelt, sondern, daß Graf Hertling hierbei den legitimen Schluß zog aus der formulierten Forderung des amerikanischen Verbündeten nach unbedingter Freiheit der Meere.

Kriegsnachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 13. Februar, (W.D. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Stärkere Erkundungsabteilungen, die der Feind nördlich von Lens und nördlich vom Omignonbach ansetzte, wurden im Nahkampf abgewiesen. Im übrigen blieb die Geschützaktivität auf kleinere Erkundungen und Artilleriefeuer in einzelnen Abschnitten beschränkt.

Nach heftiger Feuerbegegnung zwischen Nierch und der Mosel stießen mehrere französische Kompagnien bei Esmonville und im Westteil des Priesterwaldes gegen unsere Linie vor. Nach kurzem Kampf wurde der Feind unter schweren Verlusten zurückgeworfen. Gefangene blieben in unserer Hand.

Am Südelkopf und am Hartmannsweilerkopf Artillerie- und Minen Kampf.

In Vergeltung feindlicher Bombenwürfe auf Saarbrücken am 5. Februar griffen unsere Flieger gestern Abend die Festung Raach mit Erfolg an.

Mazedonische Front. Bei Monastir und am Wardar Artillerie- und Fliegeraktivität.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Erwartung der deutschen Offensive.

W.D. Bern, 13. Febr. (Nicht amtlich.) Die französische Öffentlichkeit wird mit aller Deutlichkeit auf die bevorstehende Offensive der Mittelmächte an der Westfront vorbereitet. Die meisten Blätter enthalten Aufsätze ihrer militärischen Mitarbeiter. So schreibt Oberst Rouffet im „Petit Parisien“: Eine Offensive großen Stiles auf der Westfront sei durchaus notwendig. Deutschland sei dazu gezwungen, nicht nur weil der augenblickliche Ruhestand sein Prestige herabsetzen würde, sondern weil die innere Lage Deutschlands aus einem großen militärischen Erfolg notwendig mache.

Der Berichterstatter des „Petit Parisien“ an der englischen Front hält gleichfalls einen Angriff für unvermeidlich. Es sei

Pflicht, dies der Öffentlichkeit mit aller Deutlichkeit zu sagen, um jede Ueberschätzung und Entmutigung im Augenblick des Kampfes unmöglich zu machen.

„Matin“ hält angesichts der enormen Frontverlängerung im Osten eine österreichisch-ungarische Offensive in Benehmen nicht für ausgeschlossen.

Neue englische Kriegsanleihe.

Berlin, 13. Febr. Im März wird laut „Berliner Lokal-Anzeiger“ England eine neue große Kriegsanleihe ausgeben. Es handelt sich diesmal um 40 Milliarden Schilling. England sei genötigt, heißt es im „Daily Chronicle“, den Geldbedarf auch von zwei anderen alliierten Staaten auf sich zu nehmen.

Kriegschirurgentag.

W.D. Brüssel, 13. Febr. (Nicht amtlich.) Gestern und heute fand hier unter der Leitung des Chefs des Feldsanitätswesens Erz. von Schjerming unter zahlreicher Teilnahme von Vertretern des Heeres die dritte Kriegschirurgentagung statt.

Türkische Arbeiterinnenbataillone.

W.D. Konstantinopel, 13. Febr. (Nicht amtlich.) Die osmanische Vereinigung für Frauenarbeit veröffentlicht einen Aufruf, in dem alle Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren eingeladen werden, sich für das kürzlich geschaffene Arbeiterinnenbataillon einschreiben zu lassen. Der Zeitung „Bakit“ zufolge wird das Bataillon, das nach der Zulassung der türkischen Frauen zum Handel, Beamtentum, öffentlichen Diensten, dem roten Kreuz und anderen Kriegszweigen, das Eintreten der Frau in die Lenker eröffnet, dem 1. Korps zugeteilt und den Namen 1. Arbeiterinnenbataillon tragen. Das Offizierskorps und das Aufsichtspersonal werden anfänglich aus Männern bestehen, die stufenweise durch Frauen ersetzt werden. Das Bataillon wird täglich acht Stunden hinter der Front arbeiten.

Der Friede mit der Ukraine.

W.D. Wien, 13. Febr. (Nicht amtlich.) Wiener F. und F. Tel.-Corr.-Büro. Die Blätter melden, daß die ersten Folgen des Friedensschlusses mit der Ukraine sich bemerkbar machen. Die Rada hat ihren Sitz nach Jitomir verlegt und die direkte Verbindung mit uns hergestellt. Es ist sehr zu hoffen, daß durch diese örtliche Näherung eine beschleunigte Abwicklung aller in den Verhandlungen festgelegten Abmachungen erfolgen wird.

London, 13. Febr. (Priv.-Tel.) Dem Reuterschen Büro wird mitgeteilt, daß die englische Regierung sich nicht für gebunden halte, den zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland und den anderen Unterzeichnern mit der Ukraine geschlossenen Frieden anzuerkennen.

Eine Warnung an Trotzki.

Berlin, 13. Febr. Am Schluß eines amtlichen Kommentars, den man laut einer Meldung des „B. Z.“ aus Wien den Vertretern der dortigen Presse zur Lage im Osten gab, wurde betont, daß falls Trotzki beabsichtige, sich mit seiner roten Garde gegen die Ukraine zu wenden, so müßte er gewärtigen, daß die Mittelmächte aus dem Umfange, daß sie den Kriegszustand gegenüber Rußland noch nicht für beendet erklärt hätten, entsprechende Folgerungen ziehen, da sie nicht zulassen könnten, daß dieser ihnen nunmehr befreundete Staat in seiner freien Entwicklung gefördert werde.

Rücktritt des polnischen Kabinetts.

Warschau, 13. Febr. (W.D. Nicht amtlich.) Den Wähmern zufolge fand gestern eine mehrstündige Sitzung des Ministerrats unter dem Vorsitz des Regentenschaftsrates statt. Gegenstand der Erörterung waren die letzten politischen Ereignisse, insbesondere der Friedensvertrag mit der Ukraine. Am Abend überreichte der Ministerpräsident Rudziszewski dem Regentenschaftsrat die Demission des Kabinetts. — „Gazeta Paranna“ zufolge überreichte Rudziszewski dem Regentenschaftsrat heute in dieser Angelegenheit eine motivierte Erklärung.

Berjenti.

Berlin, 12. Febr. (Amtlich.) Neue Unterseebootserfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 20 000 Brutto-Registertonnen. Die versenkten Schiffe waren meist tiefbeladen. Unter ihnen befanden sich zwei große Dampfer von etwa 5000 BRT., deren einer der Vibby-Linie angehörte.

London, 12. Febr. (W.D. Nicht amtlich.) Reuters. Amtlich.) Der britische Bericht „Boxer“ ist in der Nacht vom 8. Februar infolge eines Zusammenstoßes im Kanal gesunken. Ein Mann wird vermißt.

Die Lage im neuen Rußland.

Petersburg, 12. Febr. (Privattelegramm.) Der russischen Botschaft in London geht aus Petersburg die Nachricht zu, daß die Maximalkisten das Vermögen und das Eigentum einer Reihe russischer Geandten und Legationsbeamten bei den ausländischen Geandtschaften beschlagnahmten. Es kommen alle Geandtschaften in Betracht, die sich weigern, die marxistische Regierung anzuerkennen. Allen diesen ist das Betreten des russischen Bodens unter der Androhung sofortiger Verhaftung verboten. (Woll. Bia.)

Steuerfragen.

Karlsruhe, 14. Febr.

Aus Beamtenkreisen schreibt man uns:

Im badischen Landtag wurde von dem Abgeordneten Kolb vor kurzer Zeit die Anwendung der Zuchthausstrafe bei Steuerhinterziehungen angeregt. Eine solche Maßregel wäre zwar zu begrüßen, es erhebt sich aber die Frage, ob der vom Antragsteller beabsichtigte Zweck dadurch erreicht würde. Bekanntlich hat die große Masse des Volkes nicht das Gefühl, daß die Steuerhinterziehung ebenso verwerflich ist wie jeder andere Verbrechen. Man betrügt ja nicht seinen Mitmenschen, wenn man bei Abgabe der Steuererklärung seinen Geldbeutel schont, sondern man schlägt nur dem Steuerkommissär, diesem nach dem III am meisten gefährdeten Quälgeist ein Schnippschen und freut sich diebstüchlich, wenn es gelingt. Kirche und Schule halten es nicht für nötig, auf das verwerfliche Treiben der Steuerbetrüger besonders hinzuweisen; dagegen kann es vorkommen, daß geistliche Herren im Landtag Beschwerde über Steuerhinterziehung führen, wenn der Steueranlegungsbeamte in Ausübung seiner Pflicht einen Steuerpflichtigen etwas scharf anspricht.

Auch der Staat selbst läßt es bei der Durchführung der Steuererlasse an denjenigen Maßnahmen fehlen, die geeignet wären, einen gerechten Ausgleich unter den Steuerpflichtigen herbeizuführen. Wie z. B. aus dem Besitzsteuererlass zu ersehen ist, die Steuererklärung mit der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind, und man hat sich auch dazu verstanden, für wissenschaftlich falsche Angaben neben der Geldstrafe die Gefängnisstrafe anzudrohen. Das gleiche Gesetz bestimmt aber ferner, daß nur Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden auf Erträgen der Steuerbehörden aus Büchern, Akten usw. Auskunft über die Vermögensverhältnisse eines Steuerpflichtigen zu erteilen haben, die Verwaltung der Schulbücher, öffentlicher Körperschaften, die Sparkassen usw. aber nicht. Es mag noch erklärlich sein, daß man zur Förderung des Sparstills der kleinen Leute die Sparkassen von der Pflicht der Auskunftserteilung entbindet, dagegen muß es befremden, wenn z. B. der Staat die Befriedigung seines Geldbedürfnisses wegen dem Steuerbetrag auf diese Weise Vorbehalt leistet. Als kürzlich im Interesse unserer Baluta der Bestand an ausländischen Wertpapieren festgestellt wurde, konnte man fast in allen Tageszeitungen Andeutungen der Banken lesen, nach welchen diese sich erboten, die Anmeldungen auf ihren eigenen Namen zu bewirken, damit die Steuerbehörde nichts über die Eigentümer der Papiere erfahre. Droht aber einmal ein exotischer Staat mit Einstellung seiner Zahlungen, so wird sofort die Hilfe des Reiches im Anspruch genommen und von diesem auch gewährt, ohne daß man lange prüft, ob die Inhaber der bedrohten Rechtstitel auch den aus denselben sich ergebenden steuerlichen Verpflichtungen voll und ganz nachkommen sind. Wird die Steuernachzahlung einmal zu arg, so schreibt man einen mit dem Sinn der Steuererlasse nicht zu vereinbarenden sogenannten Steuerpardon aus, damit jort beinartete Gemüter ihr Gewissen entlasten können, ohne die hinterzogenen Beträge bezahlen zu müssen. Der öffentliche Steuerzahler aber, der immer seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, darf dabei die Rolle des Dummen spielen.

Herr Kolb hatte recht, als er die bestehenden Verhältnisse grundsätzlich geißelte, aber die Aufnahme der Zuchthausstrafe als Strafmittel erscheint deshalb als zwecklos, weil sie wohl kaum zur Anwendung käme, ja nicht einmal als Schreckmittel wirken würde. Es ist schon nötig, andere Maßregeln zu ergreifen, um den Kapitalisten die Steuerhinterziehung unmöglich zu machen und sie an ihre Pflicht dem Staat gegenüber zu erinnern.

Wie bekannt, wird bei Feststellung der von einzelnen Steuerpflichtigen zu entrichtenden Steuer das von denselben angegebene Vermögen und Einkommen zu Grunde gelegt. Besteht das Vermögen in Grundstücken, oder kommen die Betriebsmittel eines Gewerbes in Frage, so ist die Möglichkeit der Hinterziehung verhältnismäßig gering. Handelt es sich aber um Kapitalvermögen, so ist der Veranlagungsbeamte in Anbetracht der gesetzlichen Bestimmungen, die ihm eine eingehende Prüfung unmöglich machen, im allgemeinen darauf angewiesen, die Angaben des Steuerpflichtigen als richtig anzunehmen. Es wäre somit nötig, zunächst diejenigen gesetzlichen Vorschriften zu beseitigen, die es z. B. ermöglichen, Vermögenswerte der Veranlagung zur Steuer zu entziehen. Sollen solche Teile aus besonderen Gründen etwa unter Berücksichtigung der sozialen oder Familienverhältnisse des Steuerpflichtigen steuerfrei bleiben, so wären diese Steuerbefreiungen in möglichst weitgehendem Sinne durch gesetzliche Bestimmungen zu gewähren. Aber die Pflicht der Anmeldung muß unter allen Umständen bestehen bleiben, und der Veranlagungsbehörde darf sich kein auf gesetzlicher Grundlage bestehendes Hindernis entgegenstellen, wenn sie eine eingehendere Prüfung der Verhältnisse eines Steuerpflichtigen für nötig hält. Regierung und Volkvertretung mögen sich wohl überlegen, daß das Recht der Steuererhebung auch die Pflicht auferlegt, den ehrlichen Steuerzahler gegen die ihn benachteiligenden betrügerischen Nachahmer zu schützen. Ohne den letzteren Punkt gebührend zu berücksichtigen, hat man bisher den Dingen ihren Lauf gelassen; die Hauptsache war nur immer, daß die nötigen Summen aufgebracht wurden. Der ungeheuer anwachsende Steuerbedarf des Reiches wird aber dazu zwingen, endlich einmal die schon längst nötige Kontrolle über das Kapitalvermögen und das Einkommen heraus einzuführen, wenn nicht die ganze Welt zum Steuerbetrüger werden soll.

Man wird sich nun fragen, ob eine solche Kontrolle ohne besondere Befähigung der Steuerzahler möglich und durchführbar ist, und in welcher Weise sie gehandhabt werden soll.

Es ist selbstverständlich, daß man beim Eigentumsübergang von Staatspapieren, Aktien usw., die eine Handelsware bilden, das umständliche Verfahren, wie es beim Verkauf eines Grundstückes eintritt, nicht anwenden darf. Es könnte aber wohl als eine Befähigung nicht empfunden werden, wenn Verkäufer und Käufer eines solchen Wertpapiers die Auflage erhalten, den Eigentumsübergang der Ausgabestelle schriftlich mitzuteilen, und letztere verpflichtet wird, auf Grund dieser Anzeigen ein Verzeichnis der Inhaber der Wertpapiere fortlaufend zu führen. Daß die Anzeigen richtig erfolgen, könnte leicht unter Zustimmung der Zinschneide usw. geprüft werden. Ausländische Wertpapiere dürften innerhalb des Reichsgebietes nur

nach zureicher Abstempelung durch eine besonders zu errichtende Einreichsstelle in Umlauf gesetzt werden, welche für die Papiere die gleichen Geschäfte zu befragen hätte wie die inländischen Ausgabestellen. Innerhalb einer bestimmten Zeit nach dem für die Steueranmeldung maßgebenden Stichtag hätten sämtliche Ausgabestellen für Wertpapiere, die Sparkassen und Privatbankhalter die geschuldeten Beträge von bestimmter Höhe an unter Bezeichnung der Gläubiger dem für ihren Wohnort zuständigen Veranlagungsamt anzuzeigen, das die weitere Kontrolle durch Mitteilung an die für die Gläubiger zuständigen Veranlagungsämter veranlaßt. Diese lediglich für die Kontrollfähigkeit bestimmten Unterlagen dürften selbstverständlich im Interesse der Schuldner den Mitgliedern der Schatzungsämter nicht zugänglich gemacht werden, und die Veranlagungsbeamten hätten strengstes Stillschweigen hierüber zu beobachten. Jeder Steuerpflichtige hätte über sein Kapitalvermögen und die Erträge hieraus nach Anleitung der Steuerbehörde Buch zu führen und dieses zur Prüfung seiner Steuererklärung dem Veranlagungsamt zur Einsichtnahme vorzulegen.

Bei richtiger Anwendung der vorgeschlagenen Kontrollmaßregeln könnte sich nur das im Ausland angelegte Vermögen und das bare Geld der Besteuerung entziehen. Letzteres bildet aber nur einen verhältnismäßig geringfügigen Teil der Vermögenswerte, so daß man auf eine Kontrolle schon verzichten könnte. Der Verbringung von Vermögen ins Ausland sollte und könnte aber gerade jetzt durch eine scharfe Ausgangskontrolle und entsprechende Anwendung des Gesetzes über Sicherung der Kriegsteuer vom 9. April v. J. vorgebeugt werden. Reichsangehörigen, die ihr Vermögen schon im Ausland angelegt haben, wäre die Gewährung von Rechtschutz und Rechtshilfe von dem Nachweis der Besteuerung abhängig zu machen. Die vorgeschlagene Kontrolle würde auch eine Prüfung darüber ermöglichen, welche Inlandsverträge sich im Besitze von Ausländern befinden, und in welcher Weise deren Heranziehung zur Steuer erfolgen könnte.

Ein weiterer verbesserungsbedürftiger Zustand besteht ferner in dem steuerlichen Verhältnis zwischen dem Reich und den Bundesstaaten. Gätten wir ein einheitliches Staatsgebilde, so wäre es selbstverständlich, daß jeder Staatsbürger an dem nicht durch Verbrauchssteuern gedeckten Reichsaufwand seinen nach Vermögen und Einkommen berechneten Anteil zu tragen hätte. So wird aber dieser Aufwand auf die einzelnen Bundesstaaten und zwar nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl zur Gesamtbevölkerung des Reiches umgelegt. Vermögens- und Erwerbsteuererträge sind aber doch zu verzeichnen, als daß man diesen Beitragsanteil noch länger nach der Kopfzahl bemessen könnte. Es besteht deshalb die zwingende Notwendigkeit, hier Wandel zu schaffen und einen gerechteren Ausgleich herbeizuführen. Wenn man die Aufgabe des Reiches ins Auge faßt, durch seine Einrichtungen jeden seiner Angehörigen in seinem Eigentum und seiner Erwerbstätigkeit zu schützen, so ergibt es sich eigentlich von selbst, daß nur Vermögen und Einkommen die Grundlage für die Berechnung des Beitragsanteils bilden können. Da nun aber kein Zweifel dagegen besteht, daß die Reichsvermögens- und Einkommensteuer trotz des Widerstandes der bundesstaatlichen Finanzminister kommen muß, wäre es zweckmäßig, wenn das Reich auch die Feststellung des Vermögens und Einkommens der einzelnen Reichsangehörigen selbst betreiben würde.

Man wird vielleicht fragen, weshalb gerade das Reich diese Feststellung vornehmen soll, die der einzelne Bundesstaat schon im eigenen Interesse in richtiger Weise bewirke. Hierauf ist zu erwidern, daß schon die Stellung der Veranlagungsbeamten in den einzelnen Bundesstaaten eine sehr verschiedene ist, und daß dieselben gerade in dem größten Bundesstaat die zur richtigen Erfassung der Steuerobjekte nötige Unabhängigkeit nicht besitzen; ferner daß es noch Bundesstaaten gibt, die z. B. eine Einkommensteuer überhaupt nicht erheben und deshalb die mit der Veranlagung verbundenen Arbeiten doch nur für das Reich leisten müßten. Grundsätzlich käme aber in Frage, daß nur bei einer Veranlagung durch das Reich unter Ausschaltung jeglicher Einflüsse der Landesbehörden die Gewähr für einen gerechten Ausgleich geboten wäre. Die Vermögens- und Einkommensfeststellung sollte deshalb durch Reichsveranlagungsämter erfolgen, die einer in Leipzig zu errichtenden Oberbehörde zu unterstellen wären, welche auch endgültig über Einsprüche, Beschwerden usw. zu entscheiden hätte. Ein Mehraufwand für Beamtenkräfte würde sich hierdurch kaum ergeben, weil die Feststellungen der Reichsveranlagungsämter ebenso für die Berechnung der für die Bundesstaaten zu erhebenden Steuerzuschüsse usw. benützt werden könnten, wie die jetzige Steueranmeldung bei Aufstellung der Gemeinde- und Kirchensteuerlisten.

Der Wunsch, die sämtlichen öffentlichen Abgaben — Steuern, Gemeindeumlagen, Kirchensteuern usw. — bei einer Gebührenerhebung zu können, ist ein so alter, daß man sich wundern muß, daß er noch nicht in die Tat umgesetzt wurde. Nicht allein für die Steuerzahler würde hierdurch viel Zeit und Mühe erspart, sondern auch der Veranlagungsbehörde das Geschick meistlich erleichtert werden, wenn — eine rechtzeitige Aufstellung der Gemeinde- und Kirchensteuerlisten vordrusgeleitet — nur eine Steuerliste aufzustellen wäre.

Aus der Partei.

Eine Verleumdung gegen den Reichstagsabgeordneten Davidsohn.

Die gelbe Kriegsbeschädigten-Organisation, der Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter, Eiß Esen, hat auf ihrer außerordentlichen Verbandstagung am 2. und 3. Februar eine Resolution angenommen und durch die Presse verbreiten lassen, die unglauwbare Verleumdungen gegen den Genossen Davidsohn enthält. Es wird Davidsohn darin nachgesagt, er habe auf einer Versammlung des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer in Gelsenkirchen unseren Vorkamrats in Belgien mit den Plinierungen der zukünftigen Soldaten in Mittelafrika auf eine Stufe gestellt; Raubgold und das militärische Beutegeld seien ihm ein Begriff. Weiter habe er mit ermunternden Worten von dem augenblicklichen Streit gesprochen.

In einer Berichtigung an die „Aeltern-Beitragliche Zeitung“ stellt Genosse Davidsohn fest, daß alle diese Behauptungen auf absolutem Schwindel beruhen. Von dem Vorkamrats in Belgien hat Davidsohn überhaupt mit keiner Silbe geredet. Was das Beutegold anbetrifft, so hat er es als ein unerträgliches Ueberbleibsel

von Besoldungsmethoden früherer Zeiten bezeichnet, eine Auffassung, die bekanntlich von Angehörigen aller Parteien, nicht zuletzt auch von sehr hochgestellten Militärs geteilt wird. Von der jüngsten Streikbewegung hat Davidsohn ebenfalls mit keinem Wort gesprochen. Er hat sich vielmehr mit einer idiom um mehrere Monate zurückliegenden Äußerung des gelben Esener Verbandes beschäftigt, in dem eine vom Bunde der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer zur Erhöhung der Renten veranstaltete Massenpetition als „genau so erzähllich und verdamnungswürdig wie die Streikbewegung im Lande“ bezeichnet wurde. — Im übrigen war die Gelsenkirchener Versammlung von drei Polizisten überwacht, der beauftragte Polizeileutnant hatte Davidsohn vor der Versammlung mitgeteilt, daß er Auftrag zur stärksten Kontrolle des Referats habe. Wer glaubt wohl, daß diese Polizeibeamten Äußerungen, wie der gelbe Esener Verband sie Davidsohn unterzöhen will, durchgelassen hätten!

Für das Niveau des gelben Esener Verbandes aber ist es charakteristisch, daß seine höchste Körperschaft, die Verbandstagung, auf die Angaben irgend eines gewissenlosen Verleumders und Denunzianten hin derartige hoch offizielle Kundgebungen fasst und an die Öffentlichkeit versendet. Eine eigenartige Gesellschaft!

Eine Kaiserrede.

In Homburg hat Wilhelm II. an eine Deputation Homburger Bürger, die ihn unter Führung ihres Stadtoberhauptes zum Friedensschluß mit der Ukraine beglückwünschte, eine Ansprache gehalten, in der es u. a. heißt:

„Es hat unser Herrgott entschieden mit unserem deutschen Volke noch etwas vor, deswegen hat er uns in die Schule genommen und ein jeder ernsthaft und klar denkende unter euch wird zugeben, daß es notwendig war. Wir gingen oft falsche Wege, der Herr hat uns durch diese harte Schule darauf hingewiesen, wo wir hin sollen. Zu gleicher Zeit ist die Welt aber nicht auf dem richtigen Weg gewesen, und mer die Geschichte verfolgt hat, kann beobachten, wie es der Herrgott mit einem Volke nach dem anderen versucht hat, die Welt auf den richtigen Weg zu bringen. Den Willen ist es nicht gelungen. Das römische Reich ist verjunken, das französische zerfallen und das alte Deutsche Reich auch. Nun hat er uns Aufgaben gestellt. Wir Deutschen, die wir noch Ideale haben, sollen für die Herbeiführung besserer Zeiten wirken, wir sollen kämpfen für Recht, Treue und Sittlichkeit. Unser Herrgott will den Frieden haben, aber einen solchen, in dem sich die Welt anstrengt, das Rechte und das Gute zu tun. Wir sollen der Welt den Frieden bringen, wir werden es tun auf jede Art. Gelingen ist es im gütlichen gelangen. Der Feind, der, von unseren Heeren geschlagen, eintritt, daß es nichts mehr nicht, so fochten, und der uns die Hand entgegenhält, der erhält unsere Hand. Wir schlagen ein. Aber der, welcher den Frieden nicht annehmen will, sondern im Gegenteil seines eigenen und unseres Volkes Blut vergießt, den Frieden nicht haben will, der muß dazu gezwungen werden. Das ist unsere Aufgabe, dazu müssen jetzt alle wirken, Männer und Frauen. Mit den Nachbarn wollen wir in Freundschaft leben, aber vorher muß der Sieg der deutschen Waffen anerkannt werden. Unsere Truppen werden sich weiter unter unserem großen Hohenburg erweisen, dann wird der Friede kommen. Ein Friede, wie er notwendig ist für eine starke Zukunft des Deutschen Reiches und der den Gang der Weltgeschichte beeinflussen wird. (Bravo! und Hurra!) Dazu muß uns die gewaltige Macht des Himmel beistehen, dazu muß ein jeder von euch, vom Schulkind bis zum Greis, helfen, immer nur dem einen Gedanken leben: Sieg an ein deutscher Friede! Das deutsche Vaterland soll leben, hurra!“

Diese Rede ist geeignet, so bemerkt dazu die „Dresdener Volkszeitung“, in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes Begeisterung zu erzeugen. Wilhelm II. bedient sich darin einer Ausdruckweise, die nur allzu sehr an die von den Alldeutschen geführte Sprache erinnert. Das muß den Verdacht hervorrufen, daß es den Leuten von der Vaterlandspartei gelungen ist, auf den Träger der Krone Einfluß zu gewinnen.

Vor allem fürchten wir aber, daß die Kaiserrede den Kriegshebern in den Ententestaaten beunruhigen Handhaben geben wird, um den Kriegswillen ihrer Völker aufzustacheln. Aus der Rede des Kaisers geht hervor, daß er der Ansicht ist, dem deutschen Volke seien von Gott ganz besondere Aufgaben zugewiesen, es sei eine Art auserwähltes Volk! Das werden die Kriegstreiber im feindlichen Ausland als Beweis für die von ihnen so oft aufgestellte Behauptung deuten, daß Deutschland nach der Herrschaft über die ganze Welt strebe, und so ist es nicht ausgeschlossen, daß diese neueste Rede Wilhelm II., so wenig das auch der Redner gewollt hat, kriegsverlangend wirkt. Ebenso kann es verhängnisvolle Folgen haben, wenn der Kaiser es als Vorbedingung für den Friedensschluß erklärt, daß die Feinde den Sieg unserer Waffen anerkennen. Das deutsche Volk hat daran gar kein Interesse. Im Gegenteil, es kann nur wünschen, daß es wirklich zu einem Verständigungsfrieden kommt, bei dem beim Gegner kein Stachel zurückbleibt, damit nicht der Schmerz über die erlittenen Demütigungen bei den Völkern feindliche Gefühle gegen Deutschland nach erhält. Für das deutsche Volk kommt es darauf an, daß wir Friedensbedingungen erhalten, die eine gute wirtschaftliche und kulturelle Weiterentwicklung Deutschlands und die Anknüpfung friedlicher Beziehungen mit unseren jetzigen Gegnern ermöglichen.

Aus den früheren Reden Wilhelm II. ist uns bereits genügend bekannt, daß es kein müßtern, die Wirkung seiner Worte genau abwägender Politiker ist, sondern ein impulsiver, befehlender Mensch, der sich nur allzu leicht von der Stimmung des Augenblicks fortreißen läßt. So ist es gekommen, daß schon manche Rede Wilhelm II. Wirkungen hervorgerufen hat, die der Redner sicher nicht gewollt hat und die auch für das deutsche Volk nicht heilsam waren. Jetzt ist die inner- und außerpolitische Lage unseres Vaterlandes so schwierig, daß ein einziges nicht ganz vorsichtig abgewogenes Wort unabsehbare Schäden anrichten kann. Die verantwortlichen Ratgeber der Krone werden daher gut tun, Wilhelm II. den dringenden Rat zu geben, er möge sich die äußerste Zurückhaltung auferlegen. Es geht nicht an, daß die Schwierigkeiten, die unser Land und unser Volk zu überwinden hat, durch Reden vermehrt werden, die von unseren verantwortlichen Staatsleitern vorher nicht geprüft worden konnten.

Nr. 38. Seite 2. ...

Deutsches Reich.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Berlin, 13. Febr. (Nicht amtlich.) Der Wahlrechtsausschuss des preussischen Abgeordnetenhauses beendete heute die erste Sitzung der Herrenhausvorlage. Der konservative Antrag, das Herrenhaus zukünftig Erleite stammern zu nennen, wurde angenommen und beschlossen, daß die Vertreter der Privatangehörigen im Herrenhaus von den Vertrauensmännern der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte präsentiert werden sollen. Angenommen wurde ferner der Antrag, daß die Herrenhausvorlage gleichzeitig mit der Wahlrechtsvorlage in Kraft treten solle. Der Ausschuss beginnt morgen mit der ersten Sitzung der Abgeordnetenhausvorlage.

Berlin, 13. Febr. (Nicht amtlich.) Im Verfassungsausschuss des preussischen Abgeordnetenhauses nahm der Vorsitzende heute das Wort zu folgender Erklärung: Meine Herren! Mit der erstmaligen Durchberatung der Herrenhausvorlage ist ein erheblicher Teil der uns gestellten Aufgaben bereits erfüllt. Die Vorlage hat dabei eine wesentliche Erweiterung erfahren und ist angepaßt worden den zahlreichen Wünschen, die aus dem Lande an uns herangetragen sind. In parlamentarischen Kreisen rechnete man mit einer längeren Dauer der Kommissionsberatungen. Wenn trotz solcher gründlichen Beratung — es sind aus der Mitte der Kommission nicht weniger als 82 Anträge dazu gestellt worden — der Abschluß der ersten Sitzung der Herrenhausvorlage bereits erfolgt ist, so beruht dieser Erfolg auf der angepaukten Tätigkeit der Kommission und der Herren Regierungsvertreter. Meine Herren! Ich will keine Vorwürfe machen für uns einbringen, halte es aber für angezeigt, diese unbestreitbare Tatsache hier festzustellen, nachdem der Herr Ministerpräsident und Reichsfinanzler Graf Hertling sich seinerzeit gegen die Unterstellung bemerkt hat, daß er nicht mehr mit der gleichen Entschiedenheit wie bei seinem Amtsantritt für die Wahlreform eintrete. Wenn der Herr Ministerpräsident seinen Zweifel an seinem unveränderten Willen aufkommen lassen will, so habe auch ich als Vorsitzender der Kommission zum Ausdruck zu bringen, daß jedes einzelne Kommissionsmitglied durchdrungen ist von der großen Wichtigkeit unserer Verhandlungen und fleißig darauf bedacht ist, sie in der bisherigen Weise zu einem guten Ende zu führen.

In Wallrafs Heimat.

In Köln tagte am Samstag Abend eine von mehreren tausend Personen besuchte Volksversammlung; hunderte mußten umstehen, da sie keinen Einlaß finden konnten. In ungemein eindringlicher Rede, oft von Beifall unterbrochen, sprach Reichstagsabg. Gen. Meerfeld über „Majestätsverbrechen und Sozialdemokratie“. Er ging auf die Ereignisse der letzten Wochen ein und sagte: Wir mußten furchtbare Erfahrungen machen, daß auch heute noch auf Volksgenossen die Flinten schießen und der Säbel haut. Was ist der Lohn für die unerhörten Opfer des Volkes gewesen? Man hat die Massen täglich mehr herausgefordert; schamloser als je konnten die Scharfmacher ihr Wesen treiben, die Sprache der Reaktionäre wurde täglich dreister und anmaßender. Die Folge war eine gewalttätige Gärung und es kam schließlich, was kommen mußte: der Streik brach elementar aus. Und wach, jammervolle Politik habe, wie die „Frankf. Ztg.“ es nannte, dabei die Regierung getrieben? Sie ließ bewußte Provokationen aufkommen und bahnte damit einer wilden Hese gegen die Sozialdemokratie den Weg. Nun bezeichnet man den Aufschrei gequälter Massen als „Landesverrat“. Der Streik habe sich nicht gegen die Landesverteidigung gerichtet. Wenn schon Landesverrat, könnte nicht auch der Minister Landesverrat genannt werden, der die streikenden Arbeiter nicht empfangen wollte und dadurch den Streik verlängerte?

Nach diesen Worten des Redners erhob sich plötzlich der überwachende Polizeikommissar und löste ganz unermittelt die Versammlung auf, der sich eine ungeheure Erregung ergab. Erregte Juristen drohten den Verhaftungsbefehl anzufragen. Der Vorsitzende, Genosse Sollmann, brachte noch ein Hoch auf die Sozialdemokratie aus und teilte mit, daß eine ganze Anzahl von Kriegsteilnehmern und Kriegsbefähigten ihre eigenen Kreuze zum Proteste gegen das Vergehen der Polizei abgegeben hätten. Dann gingen die Teilnehmer auseinander. Gegen die Auflösung wird Beschwerde erhoben werden.

Breslau, 12. Febr.

(Privattelegramm.) Die Reichsstelle für Gemüse und Obst teilt der „Breslauer Zeitung“ zufolge mit, daß infolge der Herabsetzung der Herrenspridde jetzt 900 000 Zentner Weiskohl für die Züchtung freigegeben sind, die noch im Februar verteilt werden sollen, möglicherweise erfolgt im März oder April eine nochmalige Verteilung.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 24. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 13. Februar.

Präsident Kopf eröffnet um 4 Uhr die Sitzung mit emerituzen Ansprache, in welcher er der neuesten politischen Ereignisse gedachte und ungefähr folgendes ausführte: Seit unserer letzten Sitzung haben sich Ereignisse von großer Bedeutung zugegetragen. Mit der Volksrepublik der Ukraine hat das Deutsche Reich einen Frieden abgeschlossen. Das hat zur Folge gehabt, daß der Kriegszustand auch mit Rußland sein Ende gefunden hat. Wir dürfen die Hoffnung haben, daß der Krieg bald sein Ende finden wird. Diese Ereignisse haben große Freude in deutschen Völkern ausgelöst. Noch ist der endgültige Friede nicht erreicht, und noch stehen unsere Truppen schwere Tage bevor. Unsere besten Wünsche begleiten sie. (Beifall)

Voranschlag der Oberrechnungskammer.

Abg. Bannschach (R. Vgg.) berichtete namens der Budgetkommission über den Voranschlag der Oberrechnungskammer und teilte mit, daß sich die Mehrheit der Budgetkommission für die Abschaffung der Vorsteherstellen unter Umwandlung in Verwaltungsbeamtenstellen ausgesprochen hat.

Finanzminister Dr. Rheinboldt hat das Haus, diesem Antrag der Kommission nicht zustimmen zu wollen.

Präsident Kopf gibt bekannt, daß ein Antrag der Abg. Wittmann (Zentr.) und Genossen eingegangen ist, wonach entgegen-

dem Antrag der Kommission die eine Vorsteherstelle bestehen bleiben soll. — Abg. Wäremann (Zentr.) begründet seinen Antrag und betont dabei die Wichtigkeit der Stellung der Revisionsbeamten der Oberrechnungskammer als eines Hilfsorgans der Kammer. Man sollte den Beamten die Anwartschaft und wohnortliche Rechte nicht nehmen.

Abg. Stodinger (Soz.) betont, daß im Interesse der Vereinfachung der Staatsverwaltung der Antrag der Budgetkommission aufrecht zu erhalten sei.

Finanzminister Dr. Rheinboldt vertritt noch einmal seinen Standpunkt und bittet, den Antrag der Budgetkommission abzulehnen und den Antrag Wittmann anzunehmen.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Kolb (Soz.), der darauf hinweist, daß unter solchen Umständen von einer Vereinfachung der Staatsverwaltung keine Rede sein könne, wenn man auf jeden einzelnen Beamten Rücksicht nehme, und des Abg. Wittmann (Zentr.) und Geh. Rats Moser wird der Antrag Wittmann mit 33 gegen 24 Stimmen abgelehnt und der Antrag der Budgetkommission angenommen. Das Budget der Oberrechnungskammer wird hierauf genehmigt.

Kurze Anträge.

Abg. Spang (Zentr.) richtete an die Gr. Regierung die Anfrage um Auskunft über die Obstweinverfälschung und fragt darin, ob der Gr. Regierung bekannt sei, daß die Wein-, Obst-Ein- und Verteilungsgesellschaft in Berlin (nicht die Z.G.G., wie es ursprünglich in der Anfrage hieß) das Geschäft einer Anzahl oberbayerischer Städte auf Einfuhr von Apfelsaft aus der Schweiz verfahren und gleichzeitig eigenen Apfelsaft zu einem höheren Preis angeboten habe.

Ministerialdirektor Weingärtner antwortete darauf, indem er darauf hinweist, daß die bayerische Regierung das Geschäft der Stadt Singen in Berlin beauftragt habe. Der Reichskommissar für Wein-, Obst-Ein- und Ausfuhr blieb aber auf seinem ablehnenden Standpunkt. (Hört, hört!) Er begründete ihn damit, daß in Baden und Württemberg noch genügend Apfelsaft vorhanden sei und eine Einfuhr aus der Schweiz deshalb nicht nötig habe; zugleich wies der Reichskommissar auf, daß die Wein-, Obst-Ein- und Verteilungsgesellschaft selbst genügend Obstwein aus dem Jahre 1916 zur Verfügung habe, den sie zum Preise von 1,04 Mk. abgibt.

Die Preisregelung für Heulieferung.

Abg. Weiskopf (Zentr.) berichtet im folgenden über den von seiner Fraktion eingebrachten Antrag: „Die Zweite Kammer wolle beschließen, die Gr. Regierung zu ersuchen, daß für das von den Kommunalverbänden zu Liefernde Heu vom 1. Januar 1918 ab der Preis gezahlt wird, welcher für das ganze Reich bestimmt ist, und daß für das früher angelieferte Heu eine angemessene abgestufte Aufzahlung erfolgt.“ — In seinen Ausführungen wies Abg. Weiskopf darauf hin, daß in anderen Staaten bis 8 Mk. bezahlt werden, während in Baden nur 6 Mk. bewilligt wurden. Die Kommission für Heulieferung erregte sich nun dahin, für Baden die Nachzahlung von 1 200 000 Mk. zu beantragen. Das Kriegsernährungsamt hat jetzt die Genehmigung zur Nachzahlung erteilt. Der Regierung möchte ich herzlich Dank sagen für die schnelle Erledigung der Angelegenheit.

Ministerialdirektor Weingärtner bestätigt die telegraphisch eingegangene Genehmigung zur Nachzahlung. Baden wird nun auch den Reichs Höchstpreis empfangen.

Es entspann sich eine kurze Geschäftsordnungsdebatte, nach welcher die Besprechung des Antrags beschlossen wird.

Abg. Maiz (Zentr.) erklärt sich im Prinzip mit dem Antrag einverstanden. Es geht nicht an, daß unsere bayerischen Landwirte hinter den anderen Staaten zurückbleiben sollen. Zu fürchten ist aber, daß die Erhöhung der Heupreise auch eine Erhöhung der Milch- und Butterpreise nach sich zieht. Dem sollte die Regierung mit aller Energie entgegenarbeiten. Die Jagd nach dem Geld, die so viel Unheil schafft und die Moral verdirbt, sollte die Landwirtschaft nicht mitmachen.

Abg. Stodinger (Soz.) wendet sich gegen die fortgesetzten Preissteigerungen und gegen eine neuerliche beschlossene Erhöhung der Milch- und Butterpreise sowie des Eierpreises. Es ist bedauerlich, daß die Regierung gegen solche Preissteigerungen nicht den nötigen Widerstand aufbringe. Ermahnungen an die Landwirte, mehr abzuliefern, nützen nicht viel, das sieht man an der heutigen Milchlieferung, die nicht einmal für Strafe und Sünde in den Städten ausreicht. Wenn man den Landwirten in ihren neuerlichen Wünschen auf Preissteigerung für Heu entgegenkommt, werden sie künftig noch mehr mit ihren Erzeugnissen zurückhalten, nur um höhere Preise zu erzielen.

Abg. Schön (natl.) bemerkt, daß seine Fraktion dem Antrag zustimme, nachdem er eine Abänderung erfahren hat. Interessant wäre es, zu hören, wer die Veranstaltung gegeben hat, daß die Heupreise in Baden niedriger festgesetzt wurden als in Bayern und Württemberg. Wir glauben besonders für eine Nachzahlung eintreten zu sollen und bitten, es möchten die höheren Preise erst in Vollzug gesetzt werden wenn die Rückvergütung auch vollzogen werden kann. Diese ganze Preispolitik muß aber eine Warnung für uns sein.

Abg. Müller-Weinheim (natl.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Stodinger, als ob die Landwirte ihre Produkte absichtlich zurückhalten, um höhere Preise zu erzielen. — Abg. Weber (Soz.) übt Kritik an den fortgesetzten Preissteigerungen, besonders an der beschlossenen Milchpreissteigerung.

Abg. Massa (R. Vg.): Die große Masse der Bevölkerung ist es, die unter diesen ungeheuren Preisen leidet und wenn es weiter geht, werden wir in einiger Zeit neue Zulagen für die Beamten und Arbeiter geben müssen und dabei gibt es noch viele Familien, die noch viel schlechter daran sind. Die Spannung im Milchpreis von 14 Bgg. zwischen Produzentenpreis und Verbraucherpreis ist eine zu große. Wir müßten doch dazu kommen, die Spannung etwas herabzusetzen. In der Sammlung der Milch wird von einigen großen Städten nicht rentabel genug gearbeitet. Genügt sind die Unkosten der Milchsammlung mancherorts hohe, so daß manche Städte mit der jetzt bestehenden Spannung nicht auskommen. Würde man es manchen Gemeinden überlassen, die Milchsammlung selbst durchzuführen, so würde man wohl etwas billiger fahren. Es müßte einmal ein Schluß gemacht werden mit der fortgesetzten Lebensmittelerhöhung.

Abg. Dertle (R. Vgg.) führt aus, daß an der Milchpreissteigerung nicht die Landwirtschaft schuld sei. — Die Abg. Spang (Zentr.) und Schirmer (Zentr.) widerlegen die Ansicht, die Landwirte hätten mit ihrem Erzeugnissen zur Erzielung höherer Preise zurück. Die Ausführungen der Abg. Darmann (Zentr.) und Weiskopf (Zentr.) bewegen sich in ähnlichen Gebanten.

— Abg. Kolb (natl.) schließt sich den Verehrern an.

Abg. Ströbel (Soz.): Jeder Stand hat sich den durch den Krieg notwendig gewordenen Veränderungen zu unterziehen. In der Landwirtschaft herrschen heute noch falsche Ansichten über die Verhältnisse in den Städten. Die Landwirtschaft muß sich sagen, daß es heute gilt, für die Gesundheitsverhältnisse Sorge zu tragen. Die Fortsetzung dieser Preissteigerungen wird neue Anträge im Gefolge haben. Die Regierung möchte ich warnen, diesen Weg der Preissteigerung weiter zu gehen. — Abg. Morgenthaler (Zentr.): Die Städte, die auf das Land hinaus gehen, sind schuld an den Preissteigerungen. Während die Landwirte für ihre eigenen Erzeugnisse Höchstpreise haben, müssen sie viele Dinge, die sie in ihrem Betrieb und in ihrer Haushaltung benötigen, zu sehr hohen Preisen bezahlen.

Abg. Stodinger (Soz.): Auch wir beklagen, daß für die Industrieerzeugnisse keine Höchstpreise festgesetzt worden sind. Die Preispolitik wie sie hauptsächlich von Berlin aus getrieben wird, muß schließlich das Volk zur Verzweiflung treiben.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Albiez (Zentr.), Nilsch (Soz.), Weiskopf (Zentr.) und Müller-Spang (R. Vgg.) führt Ministerialdirektor Weingärtner aus, daß bei Festsetzung des Heupreises Sachverständige gehört worden sind, die den Preis für angemessen hielten. Der Milchpreis muß so festgesetzt werden, daß er für die Landwirtschaft einen Anreiz zur reichlichen Anlieferung gibt.

Geh. Oberregierungsrat Dr. Schneider legt in eingehenden Darlegungen die Milchpreispolitik dar. Er betont, daß der Preis für die Milch an den einzelnen Plätzen ein verschiedenes und die Spannung nicht 14 Bgg. sondern durchschnittlich 10 bis 11 Bgg. beträgt.

Danach ist die Beratung des Antrages geschlossen, der einstimmig angenommen wird. — Schluß der Sitzung 7 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag vorm. 9 Uhr. Tagesordnung: Verkehrsanstalten.

Aus der Budgetkommission der Zweiten Kammer.

Die Budgetkommission nahm in ihrer gestrigen Sitzung Kenntnis von der Denkschrift des Finanzministeriums betr. die Kriegszuschüsse im Güter- und Tierverkehr. Bezüglich der Monatskarte im Fernverkehr ist eine Neuregelung vorgegeben. Baden wird als einziger unter den deutschen Bundesstaaten in der 4. Wagenklasse die Monatsfahrkarten einführen. Die Budgetkommission beschloß sodann folgenden Antrag: „Hochzuverehrerliche Zweite Kammer wolle die Gr. Regierung ersuchen, in den Voranschlag der Verkehrsanstalten eine angemessene Zahl etatsmäßiger Stellen für Lokomotivführer einzustellen.“ — Sodann gab der Finanzminister Auskunft über die Ausführungsbestimmungen zu den bewilligten Kriegs- und Teuerungszulagen.

Sodann setzte die Kommission die Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern fort. Im außerordentlichen Etat des Budgets der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus sind 1 Million Mark zum Zwecke der Instandsetzung der Landstraßen für regelmäßigen Kraftwagenverkehr eingestellt. Es sollen dabei insbesondere solche Gegenstände berücksichtigt werden, die vom Eisenbahnverkehr abgegrenzt sind. Das Budget wurde genehmigt.

Aus der Justizkommission der Zweiten Kammer.

Die Kommission für Justiz und Verwaltung der Zweiten Kammer behandelte gestern den Antrag der Abg. Muser (R. Vg.) und Gen. über das Stimmrecht in der Landwirtschaftskammer. Der Antrag fordert die Vorlegung eines Gesetzesentwurfs, wonach den Städten über 20 000 Einwohner, soweit sie selbst Inhaber erheblicher landwirtschaftlicher Betriebe sind, Stimm- und Stimmrecht in der Landwirtschaftskammer einzuräumen sei. Ein Regierungsvorsteher erklärte dazu, daß der Antrag eine Forderung des Aufgabekreises der Landwirtschaftskammer bedinge, was die Gr. Regierung nicht anerkennen vermag. Sie stiehe deshalb dem Antrag ablehnend gegenüber. Im Verlauf der Aussprache wird sodann aus dem Antrag die Beschränkung auf Städte über 20 000 Einwohner gestrichen; außerdem heißt die zu bestimmende Zahl der Vertreter vorbehalten. Der abgeänderte Antrag wird mit 12 gegen 2 Stimmen angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages der Abg. Hartmann (Zentrum) und Gen. betr. den Arbeiterschutz, worin um die baldmöglichste Wiederinkraftsetzung der aufgehobenen Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeitskräfte gebittet wird. Der Antrag fand einstimmige Annahme. — Ferner wurde der Antrag der Abg. Kolb (Soz.) und Gen. über den Schutz der bei Bauten beschäftigten Personen gegen Berufsgefahren einstimmig angenommen.

Baden.

Tarifserhöhungen bei der Staatsbahn.

Der Badische Eisenbahntarif hat in seiner letzten Sitzung der Erhebung eines Kriegszuschlages von 15 v. H. im Güter- und Tierverkehr auf Grund einer von der Generaldirektion der Staatseisenbahnen an die Mitglieder des Eisenbahnrats ausgegebenen Denkschrift verhandelt und dem Zuschlag zugestimmt. Der Zuschlag wird mit den sich fortwährend steigenden Mehrauslagen begründet. — Weiter befaßte sich der Eisenbahntarif mit der Neuregelung des Monatskartentaris der badischen Staatsbahnen. Der neue Tarif soll auf der Grundlage eingeführt werden, daß 25 Fahrten für einen Monat berechnet und auf diese berechneten Preise folgender Nachlaß gewährt wird: Von 6 bis 25 Kilometer = 1,6 v. H., von 26 bis 61 Kilometer 0,5 v. H. für jedes Kilometer bis zum größten Preisnachlaß von 50 v. H., der auch auf Entfernungen von über 61 Kilometern eingeräumt wird. Bei diesem neuen Tarif ist besonders auf eine gesunde Wohnungspolitik Rücksicht genommen worden, indem der größte Preisnachlaß in die Entfernungszonen von 6 bis 25 Kilometer gelegt wurde. Die Monatskarten für die 4. Klasse sollen insbesondere den sozial schwächeren Bevölkerungskreisen zugute kommen. — Am Schluß der Sitzung wurde der Wunsch auf eine bessere Ausgestaltung des Nahverkehrs Mannheim-Heidelberg ausgesprochen.

Bruchsal, 13. Febr. Einen Schabernack leistete sich ein Barmann mit der hohen Polizei. Ein hiesiges Holzwerk, das auch ein Geschäft in Bamberg besitzt, erhielt dieser Tage eine Wagenladung Holz. Der hohen Obrigkeit ward auf telephonische oder telegraphische Weise die Mitteilung zugegangen, daß auf dem Wagen trafen auch die Hüter des Gesetzes ein und im Weisheit so beherrschtenwerten Schwarm verladen sei. Pünktlich mit dem Wagen kamen an die Hüter des Gesetzes ein und im Weisheit derselben wurde der Wagen entleert. Der Wagen war bereits abgeladen, als die ominöse Riste zum Vorschein kam. Doch welche Enttäuschung; als die Riste geöffnet wurde, enthielt sie kein

Verfeiner, sondern Werkzeug. Ein Spagel hatte hier wohl der Polizei ein Schnippchen geschlagen.

k. Gaggenau, 13. Febr. „Benion Schöller“ heißt das heitere Stüd, das am Samstag, 13. Februar, abends 8 Uhr, im Saale der „Gambriusgasse“ zur Ausführung kommt. Schon mocht sich großes Interesse dafür bemerkbar; es dürfte sich daher empfehlen, bei Zeiten für eine Eintrittskarte zu sorgen. Der Reinertrag ist für die Hinterbliebenen gefallener Krieger von Gaggenau und Umgebung bestimmt.

Achl, 13. Febr. Die Ehefrau des Landwirts M. Staufer geb. Stahl aus Helmlingen hatte sich der Milchfälschung schuldig gemacht. Das Schöffengericht zu Neßl beurteilte sie deshalb zu 30 Mk. Geldstrafe oder zu 16 Tage Gefängnis.

Schriesheim, 13. Febr. Ein Dieb schlich sich in den Stall eines hiesigen Bürgers, stahl daraus eine Ziege und später aus dem Geflügelstall einen Hahn und ein Huhn. Als der Eigentümer dazu kam, feuerte er zwei Schüsse ab, die den Diebstohlen jedoch nur leicht verletzten.

Ein Raubmord.

Freiburg i. Br., 13. Febr. (Priv.-Tel.) Im benachbarten Wildtal wurde der schon bejahrte ledige Andreas Maier in seinem alleinstehenden Hause, welches zum Michelbachhof gehört, ermordet im Hausflur aufgefunden. Der Unglückliche ist von bis jetzt noch unbekanntem Täter erschossen worden. Die Ratten und Behälter der Wohnung waren durchwühlt, jedoch auf Raubmord geschlossen werden kann.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 14. Februar. * Bitte, unten anfangen!

Wir haben an dieser Stelle vor einigen Tagen berichtet, daß die Badische Landwirtschaftskammer in einer Eingabe an den deutschen Landwirtschaftsrat die Festsetzung höherer Schweinepreise verlangt, da die Schweinegüter angeblich nicht mehr rentieren. Das letztere mag gewiß zutreffen, wenn man den außerordentlich hohen Kartoffelpreis der letzten Jahre in Rechnung stellt und wenn man ferner den gegenwärtigen blödsinnig hohen Einkaufspreis für Jungtiere berücksichtigt. Zurzeit werden auf dem Durlacher Schweinemarkt für das Paar Milchschweine 90-160 Mark, für Käufer entsprechend noch mehr, verlangt. Was soll man da noch sagen!

Es liegt nahe, angesichts dieses Zustandes die Festsetzung von Höchstpreisen für Milchschweine und Käufer zu verlangen und wie man hört, hat die Regierung dies auch bereits in Erwägung gezogen. Aber die badische Landwirtschaftskammer soll sich dem mit aller Macht widersetzen. Man kann dieses im ersten Moment nicht gut begreifen, denn die Landwirte beschwerten sich doch selbst über die hohen Einkaufspreise der Schweine und haben dabei noch das Risiko für Seuchen zu tragen. Es kann doch nicht Aufgabe der Landwirtschaftskammer sein, lediglich alle Preise für landwirtschaftliche Produkte sinn- und hirnlos immer weiter in die Höhe zu treiben. Wo soll denn das noch hinführen?

Daselbe Mißverhältnis besteht bei den Gänsen. Wie man hört, verlangen dieses Jahr die Verkäufer von jungen Gänzen 6-8 Mk. das Stück, während der Höchstpreis für jette Gänse 21 Mk. ist. Also nicht nur für Ferkel, sondern auch für junge Gänse müssen Höchstpreise verlangt werden. Man muß gleich unten anfangen, um dem Wucher zu begegnen.

immer weiter in die Höhe! Wie wir erfahren, fand gestern im Ministerium des Innern eine vertrauliche Besprechung über die Preisgestaltung für Milch, Butter und Eier statt. Zu der Besprechung waren Vertreter aus den Produzenten- und Konsumentenkreisen geladen. Die Beratungen waren vertraulicher Natur, es kann aber soviel mitgeteilt werden, daß eine Erhöhung der Milchpreise sowohl wie der Preise für Butter und Eier in naher Aussicht steht.

Aus dem Stadtrat. Der Stadtrat will beim Bürgerausschuß für die Beirteilung der Kriegsausgaben weitere zwei Millionen Mark anfordern. Der Stadtrat erklärte sich damit einverstanden, daß eine Sammlung von gebrauchten Möbeln eingeleitet werden soll, die nach vorgenommener Instandsetzung an Minderbemittelte nach Bedarf abgegeben werden sollten. Nach einem Beschluß des Stadtrats soll die bei Kriegsausbruch den städt. Arbeiterfamilien von der Stadt zugewiesene besondere Unterstützung auch nach dem Eintritt der im November v. J. durch Beschluß des Bundesrats bewirkten Erhöhung der reichsrechtlichen Familienunterstützung in vollem Umfange fortbestehen. Der Stadtrat erklärte sich mit dem Eintritt der städtischen Beamten in die von dem badischen Staat zu begründende Beamten-Spar- und Darlehenskasse einverstanden. Der Stadtrat beschloß weitere 30 000 Mk. als Anteil beim Einkauf Süddeutscher Städte G. m. b. H. zu übernehmen.

Arbeiter-Jugend. Heute abend 8 Uhr im Lokal „Gambriusgasse“ Vortrag von Gen. Höhn.

Staatssekretär Dr. Solf spricht am Samstag abend 8 Uhr im Museumsaal in der hiesigen Abteilung der deutschen Kolonialgesellschaft über „Der Krieg und die deutsche Mission in unseren Schutzgebieten“. Näheres siehe Anzeige.

Todesfall. Gestern starb nach einer Operation Frä. Emilie Doert, eine besonders in Musikkreisen gut bekannte Persönlichkeit, Frä. Doert war die Inhaberin der bekannten Hofmusikalienhandlung und Konzertagentur Doert, Ede Kaiser- und Ritterstraße. Ihrer Vermittlung haben wir manche wertvolle künstlerische Veranstaltung in unserer Stadt zu verdanken, sie vermittelte uns die Bekanntmachung mit anderen hervorragenden Größen der Kunstwelt, wie sie auch manchem aufstrebendem jungen Talente den Weg in die Öffentlichkeit zu bereiten half. Ihr Verlust wird deshalb in weiten Kreisen schmerzlich empfunden werden.

Apfelverkauf. Ein reges Leben und Treiben herrschte in den letzten Tagen im Saale der „3 Linden“ in Mühlburg. Es fand dort der von der Stadt vor einigen Tagen angekündigte Verkauf von Äpfeln statt. Die Äpfel lagerten den Winter über am Rheinhafen, es war dies der letzte Rest des letztjährigen Obstertrags, der in die Stadt kam. Welches Bedürfnis nach Obst in der Bevölkerung herrschte, mag man daraus ersehen, daß auf das Ausschreiben des städt. Rohrungsmittelamtes an 13 000 Bestellungen eingingen, wovon 10 000 befriedigt werden konnten. Die Ausgabe der Äpfel fand letzter Tage statt und vollzog sich in musterhafter Ordnung und Raschheit. Man muß anerkennen, daß die Abfertigung der Leute musterhaft organisiert war. Auf die Bestellung hin erhielten die Leute Mittelungen, wann sie das Obst abholen könnten, in der Stunde wurden 4-500 Personen abgefertigt, es unterließ demnach jeder Anstand. Ueber das Obst selbst hörte man nur lobende Worte, es war schon ausgetrocknete Ware, sie stammte größtenteils vom Bodensee. Zu bedauern ist nur, daß nicht die gesamte Nachfrage befriedigt werden konnte.

Festgewinnung aus Abwässern. Auch im vergangenen Jahr wurde die Festgewinnung aus Abwässern der städtischen Anwesen fortgesetzt. Dabei hat sich allerdings gezeigt, daß nur im Schlachthof sich die Festgewinnung aus den Abwässern rentabel gestaltet.

während in den übrigen städtischen Anwesen sich keine wesentlichen Einnahmen aus diesen städtischen Unternehmungen erzielen ließen. Im Schlachthof wurden durch die aufgestellten Fettfänger in den Abwässern insgesamt 2337 Kilogramm, also rund 46 Zentner Abfallfett gewonnen. Die erzielten Einnahmen hierfür betragen insgesamt 894 Mk. 80 Pfg.; die Ausgaben für Reinigung, Unterhaltung und Abschreibungen der Fettfanganlagen, sowie für Bedienung stellen sich auf 267 Mk. 72 Pfg., jedoch sich die Reineinnahmen auf rund 627 Mk. stellen. Die Ausbeute war ausgiebiger als im Jahre 1916. Bei den übrigen städtischen Anwesen betrug die Gesamtausbeute an Abfallfett nur insgesamt 172 Kilogramm. Den größten Anteil hieron lieferte die Krankenhaus-Wirtschaftsküche mit 150 Kilogramm. Ein Gewinn wurde nicht erzielt, da durch die Einnahmen von insgesamt 69 Mk. nicht einmal die Verzinsung, Unterhaltung und Abschreibung der Fettfänger-Anlagen gedeckt werden konnten. Das aus den Abwässern gewonnene Fett wird wie bisher an eine Mischgesellschaft für chemische Produkte gegen eine Vergütung von 40 Mk. für 100 Kilogramm abgeliefert.

Na. Dem Dreiausfluß des Badischen Seimabank wurden von den Badischen Lederwerken Karlsruhe-Mühlburg als einmaliger Beitrag 1000 Mk. zugewendet.

Der zweite Schahorttag in der Turnhalle in Mühlburg war bis auf den letzten Platz besetzt, worauf zahlreiche Anmeldungen zu Kurien erfolgten. Ein weiterer Schahorttag findet laut Inzerat am Freitag abend 8 Uhr in Grünwinkel im Gasthaus zum „Strauß“ statt.

Dr. Posthater. Freitag, 25. Februar, zum erstenmal: „Der Augenbild“, Lustspiel in 5 Akten nach Goethe von Hermann Bahr. Hauptrollen: Ruth Linke, Marie Frauenborfer; Felix Baumhoff, Rudolf Esfel, Paul Gemmeke, Fritz Herz, Reinhold Rühlig, Johann Jüngeringer; Dr. Rolf Roemke.

Neues vom Tage.

Wien, 12. Febr. (Privattelegramm.) Eisenbahnunfall. Wie Vemberger Blätter berichten, geriet nachts im Stanislaus-Berger Personenzug, als er den Dnjepr passierte, ein Wagen in Brand. Von den Reisenden, die kopflos und erschreckt aus dem Wagen sprangen, fielen mehrere in den Fluß und ertranken. In dem niedergebrennten Wagen fand man verblühte Leichen, 11 Personen erlitten schwere Verwundungen. Der Brand griff auch auf weitere Teile des Zuges über, worin mehrere Reisende ebenfalls den Tod gefunden haben sollen. Der Brand soll durch die Entzündung eines Kinofilms in einem Reisekoffer entstanden sein.

Berlin, 12. Febr. In der vergangenen Nacht drangen Einbrecher in eine Zolabfertigungsstelle in Köln ein und entwendeten — wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet wird — Wertpapiere und Bargeld im Betrag von mehr als 250 000 Mk. Im November v. J. wurden in demselben Zollamt 45 000 Mk. gestohlen.

Vereinsanzeiger.

Durlach (Freie Turnerschaft, gegr. 1899). Samstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal Gasth. zum „Lamm“ unsere Generalversammlung statt. Der wichtigsten Tagesordnung halber bitten um vollzähliges Erscheinen der nach anwesenden Mitglieder. 2566 Der Vorstand.

Berantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Rade; für den Inzeratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Ludwigsstraße 24.

Zahlungs-Aufforderung.

An Schuldigern für das Schuljahr 1917/18 sind zur Zahlung verfallen:

- das 4. Vierteljahr für die Bürgerschule, Mädchenschule und Anabensortschule.
das 2. Dritteljahr für die Goethe-, Humboldt-, Fichte-, Lessing-, Oberrealschule und die Handelsschule (Herbstklasse).
das 3. Dritteljahr für die Handelsschule (Osterklasse) und die Gewerbeschule.

Zahlungspflichtige, welche mit der Bezahlung ihres Schulgeldes noch im Rückstande sind, werden deshalb aufgefordert, ihre Schulden bis spätestens 16. Februar d. J. zu entrichten.

Es wird ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bestehende Zahlungsaufforderung anstelle der seitherigen mündlichen Mahnung durch die Mahner tritt und daß im Nichtzahlungsfalle nach Anknüpfung der oben bezeichneten Frist gegen die säumigen Schuldner sofort Zwangsvollstreckung angeordnet werden dürfte. Außerdem ist die Verzugsgebühr zu entrichten, welche beträgt:

Table with 2 columns: Schuldenhöhe, Verzugsgebühr. Rows: bis zu einschließlich 3 Mk. 10 Pfg., von 3 Mk. bis zu 20 Mk. 20 Pfg., 20 Mk. bis zu 50 Mk. 30 Pfg., 50 Mk. bis zu 100 Mk. 40 Pfg., mehr als 100 Mk. 50 Pfg.

Nachdem die Stadtkasse für den Klassenverkehr nur vormittags von 8 bis 12 1/2 Uhr geöffnet ist wird zur Förderung des sorglosen Zahlungsverkehrs dringend ersucht, Zahlungen ausschließlich auf unser Postkontokonto Nr. 3 oder auf unser Girokonto Nr. 96 bei der städt. Sparkasse hier unter Angabe der Schule und Ortsangabe, welche die Schüler besuchen, zu leisten. Stadthauptkasse A.

Zuverlässiger Nachtwächter

sofort gesucht. Gesellschaft Sinner Karlsruhe-Grünwinkel.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unsere liebe Tochter, Schwester und Schwägerin Theresia Schirmann, nach langjähr. schwerer Krankheit im Alter von 27 1/2 Jahren in der Heil- und Pflegeanstalt gestorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, 14. Februar, in Wiesloch statt. Karlsruhe, 12. Februar 1918. Im Namen der Hinterbliebenen: Carl Schirmann, Buchdrucker-Zwillinge.

Drucksachen werden reich und billig angefertigt in der Buchdruckerei des „Volkstums“.

Schuhvortrag Modellschreiner

von Frau Luise Kautz mit darauf folgender Anmeldung für Karle findet am Freitag, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Strauß“ in Grünwinkel statt. 2563 Badischer Frauenverein.

Zeitgemäße Schuh-Kurse

mit neuen Schnitt, auch Konfirmationsstiefel, finden zur Zeit im Hildbahaus, Schellstr. 37 nachmittags von 2-1/2 Uhr Abends von 1/2 7 Uhr an statt. Anmeldungen werden dajelbst angenommen. Badischer Frauenverein.

Gebrauchte Bücher

Romane, Märchenbücher, Scherzhaft zu kaufen gesucht. S. Sonntag, Karl Friedenstr. 19 (Baden). 2531

Zimmeruhr

gut gehende, zu verkaufen. Zu erfragen Markstr. 38, 4. Etage. Angulichen neu 12-1 und von 6 Uhr ab 2570

Deutsche Kolonial-Gesellschaft

Abteilung Karlsruhe. Einladung zum Vortrage Seiner Exzellenz des Herrn Staatssekretärs Dr. Solf über: „Der Krieg und die deutsche Mission in unseren Schutzgebieten.“ am Samstag, den 16. Februar 1918 abends 8 Uhr im Museumsaal.

Wir bitten unsere Mitglieder um zahlreichen Besuch und beehren uns, die Herren Offiziere der Garnison, sowie die Herren und Damen nachstehender Vereine: Museumsgesellschaft, Naturwissenschaftlicher Verein, Alldeutscher Verband, Karlsruhe Altertumsverein, Deutscher Flottenverein, Deutscher Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Ausland, Allgemeiner Deutscher Sprachverein, Ostmarkenverein, Frauenverein vom Roten Kreuz für die Kolonien, Abteilung Kettlingen der Deutschen Kolonial-Gesellschaft, zum Besuche dieses Vortrages ergehenst einzuladen. 2561

Der Vorstand. A. von Oechelhaeuser.

Raninchenzucht-Verein, Stamm-Verein Karlsruhe

verkauft Freitag und Samstag, abends von 7-9 Uhr, Beterthelmer Allee 18 (Trauerei Schreymp)

Dörrfutter

bester Ersatz für Körner und Sen. Vorzüglich auch zur Ansucht von Jungtieren. Das Futter wird auch an Nichtmitglieder abgegeben. (Satz mitbringen.) 2565

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Gehausgebote. Gottlieb Bolker von Schopflach, Bäcker hier, mit Verbo Rees von Hochstetten; Karl Hüb von Koblitzell, Kellner hier, mit Gertrud Schuy von hier. (Ehehinterlegung, Emil Ludwig Dosenbach von Baiel, Mechaniker hier, mit Paula Streib von hier.

Todesfälle. Emilie Doert, 65 J. alt, ledig, Privatier, Winter, 6 J. alt, S. Oskar Bernig, Kaufmann. Auguste Jahn, 30 J. alt, ledig, Bürogehilfin. Maria Greiff, 74 Jahre alt, Ehefrau von Karl Greiff, Kaufmann.